

AKTUELL



NOHALTEGKEETSROT

NACHHALTIGKEITSRAT

Viel hilft viel?

Raymond Klein

Die Wahlprogramme der Parteien im Sinne der Nachhaltigkeit beeinflussen, das versucht der CSDD mit einer Sammlung von Vorschlägen.

Bemisst sich das politische Gewicht an der Schwere des Pressematerials, dann werden die Wahlprogramme der Parteien in diesem Jahr nur so von Nachhaltigkeit trafen. 592 Seiten umfasst nämlich die schwere Broschüre mit den Empfehlungen des Nachhaltigkeitsrats (Conseil supérieur pour un développement durable, CSDD), die am Dienstag der Presse und den anwesenden Vertreter*innen der Parteien vorgestellt wurden. Eigentlich handelt es sich einfach um einen Ausdruck der 29 Stellungnahmen und Dokumente, die der Rat seit 2008 ausgearbeitet hat. Alternativ zum Papier konnte man sich mit einem USB-Stick begnügen, auf dem das 26.629 Kilobyte umfassende Dokument und eine kurze Zusammenfassung der Empfehlungen abgespeichert waren.

Detailliert statt kurz fiel dann die Vorstellung aus: Acht Mitarbeiter*innen des CSDD wechselten sich während anderthalb Stunden ab, um 19 Vorschläge zu erläutern. Den Anfang machte Präsident Francis Scharz, der auf die zahlreichen, nebeneinander ablaufenden politischen Prozesse, wie Rifkin, Agenda 2030 oder Plan de développement rural, verwies. „Wir möchten, dass daraus eine Einheit wird, dass insbesondere das Staatsministerium die Dinge im Vorfeld abklärt.“ So dürfe man sich bei der Ansiedlung von Industriebetrieben nicht auf die ökonomischen Aspekte beschränken und damit andere politische Zielsetzungen untergraben. „Zum Beispiel den sparsamen Umgang mit Wasser oder den Erhalt von landwirtschaftlichen Flächen“, erläuterte Scharz in Anspielung auf die jüngsten Kontroversen um das Data Center und die Joghurtfabrik.

Die Aufforderung des CSDD, die Kohärenz zwischen den Politikbe-

reichen im Auge zu behalten, klingt einleuchtend. Doch das, was der Rat selber vorschlägt, macht nicht unbedingt einen kohärenten Eindruck. Auf der einen Seite knüpft er an Fernziele an: an die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der UNO, den 100-prozentigen Ausstieg aus den fossilen Energien bis 2050, die Sensibilisierung für das Thema Klimaflüchtlinge. Politiker*innen lieben es, sich für Fernziele auszusprechen, weil sich daraus keine konkreten Folgen ergeben.

Resiliente Böden, suffiziente Renten

Auf der anderen Seite stellt der CSDD durchaus konkrete Forderungen, die Punkte in einem Regierungsprogramm sein könnten. Dazu gehören die Organisation eines permanenten, demokratischen Zukunftstischs und die Einführung eines Nachhaltigkeitschecks für alle größeren politischen Entscheidungen. Manche Vorschläge, zum Beispiel zur Bildungspolitik oder zur Resilienz und Suffizienz, sind sehr vage. Andere wiederum – so die strenge Begrenzung des Pestizideinsatzes oder die schon fast technokratisch anmutende Erstellung von Ökobilanzen für alle Waren und Dienstleistungen – erscheinen als radikale, aber isolierte Einzelmaßnahmen.

Unpolitisch wirken Aufforderungen an die Regierenden, die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien zu verbessern oder die Budgettransparenz zu erhöhen – in anderen Ländern setzen sich Gruppen wie der Bund der Steuerzahler hierfür ein. Sehr politisch sind dagegen die wirtschaftsliberal angehauchten Appelle, grüne Kapitalanlagen zu fördern und dringend das Rentensystem zu reformieren. Unterm Strich hat der CSDD eine interessante Sammlung von Vorschlägen vorgelegt – aus denen sich jede Partei die herauspicken wird, die ihr ins Konzept passen.

SHORT NEWS

Bitcoin: Keine Regulierung in Sicht

(ja) – In einer parlamentarischen Anfrage an den Finanzminister wollte der CSV-Abgeordnete Laurent Mosar wissen, ob die Regierung die Absicht hat, virtuelle Währungen wie Bitcoin (auch Kryptowährungen genannt) zu regulieren. In seiner Antwort versicherte Finanzminister Pierre Gramegna, dass die luxemburgischen Autoritäten die Entwicklungen rund um die Kryptowährungen genauestens verfolgen. Bedarf für einen speziellen luxemburgischen Arbeitskreis zu dem Thema sehe er jedoch nicht. Innerhalb der „Groupe d'Action financière“ der OECD, der EU und der G20 würde zur Genüge zu der Problematik gearbeitet. Sobald Resultate von diesen internationalen Gremien vorlägen, werde Luxemburg seine Gesetze anpassen. Zu dem von Mosar angesprochenen Problem, dass mit Kryptowährungen illegale Aktivitäten wie Geldwäsche oder Terrorfinanzierung betrieben werden, schwieg der Minister. Weder der CSV-Abgeordnete noch Gramegna gingen darauf ein, dass sich in Luxemburg bereits mehrere virtuelle Börsen, an denen mit virtuellen Währungen gehandelt werden kann, niedergelassen haben. Im Januar hatte der Finanzminister die Europa-Niederlassung der größten japanischen Bitcoin-Börse Bitflyer in Luxemburg als großen Erfolg gefeiert.

Cybersécurité : quand le business s'intéresse aux journalistes

(lc) – Normalement, les conférences organisées par securitymadein.lu ne sont pas la priorité des rédactions, car elles s'adressent a priori plus à des acteurs de l'économie qu'aux médias. Ce jeudi pourtant était un peu différent : le « Cybersecurity Breakfast » mensuel était consacré à la « protection du secret » et aux « obligations de confidentialité ». Pour en parler, quatre journalistes luxembourgeois (Jonas Mercier de Paperjam et Steve Remesch du Wort) et français (Maxime Vaudano du « Monde » et Philippe Vasset d'Indigo Publications) ont procédé à une courte table ronde avant d'affronter les questions du public. Résultat des courses : beaucoup de confusion semble encore régner sur ce qu'un journaliste peut et doit faire quand il est confronté à une source. Que le Consortium international des journalistes d'investigation (ICI) – avec lesquels collabore aussi Vaudano – ne soit pas en odeur de sainteté auprès des représentants de la place n'étonne guère, et c'est plutôt Steve Remesch qui a sensibilisé le public aux difficultés de mener une investigation au Luxembourg, notamment à cause de la circulaire Bettel. Bref, une rencontre entre deux mondes qui ne se touchent que trop rarement.

Pflegeversicherung: Non, rien de rien ...

(tf) – Romain Schneider bleibt dabei: An der von ihm zu verantwortenden Reform der Pflegeversicherung gibt es nichts zu drehen, nichts zu verbessern. Daran hält er trotz anhaltender Kritik von Opposition, Gewerkschaften, Patientevertriebung und Pflegedienstleistern fest. Man müsse lediglich anwenden, was im neuen Gesetz stehe beziehungsweise wie es gedacht sei: „Dafür braucht es keine Gesetzesänderung, kein Règlement“, so Schneider am Mittwoch in der Chamber. In den vergangenen Wochen war vor allem über die weggefallenen „courses-sorties“ diskutiert worden, deren Ersatz im Gesetzestext auch laut einem Ministeriumssprecher nicht präzise ausformuliert worden ist (woxx 1461). Es gilt das gesprochene Wort, scheint sich Romain Schneider zu denken und verspricht, die neue Hilfe beim Einkaufen und Spazierengehen erfolge in „besserer und qualifizierterer“ Form. Nun darf man gespannt sein, was die Evaluierung des Herzstücks der Reform, die Einführung der pauschalen Pflegestufen, ergeben wird, die noch vor Ostern erfolgen soll. Das hat auch der OGBL nach einer Dringlichkeitssitzung bestätigt, die auf sein Drängen am Donnerstag im für die Sozialversicherung zuständigen Ministerium stattgefunden hat. Neben der Gefahr von Leistungskürzungen und -verschlechterungen sorgen sich die Gewerkschafter*innen, ob mit der Reform Arbeitsplätze gestrichen werden.